

Strukturwandel der Arbeitswelt:

Entwicklungschancen
für Mensch und Gesellschaft?

Zweites Gespräch 7.- 9. März 1997

Geschichte der industriellen Arbeitsgesellschaft:

Strukturwandel bis heute
und Potentiale für die Zukunft

Dokumentation



Die Themen des zweiten Zyklus der KEMPENHAUSENER GESPRÄCHE im Überblick

1. Gespräch 11. – 13.10.1996 Globalisierung der Wirtschaft und gesellschaftlicher Strukturwandel: Chancen und Risiken für Deutschland und Europa
- Einstieg: Bestandsaufnahme und Prognosen zum Strukturwandel. Gibt es Gestaltungsperspektiven jenseits der Kontroverse Wettbewerbsfähigkeit versus Sozialstaaterhalt?
2. Gespräch 7. – 9.3.1997 Geschichte der industriellen Arbeitsgesellschaft: Strukturwandel bis heute und Potentiale für die Zukunft
- Vertiefung: Historische Entwicklung von Arbeitsformen und Systemen sozialer Sicherung, von Zeitstrukturen und Menschenbildern. Gibt es geschichtlich gewachsene Entwicklungspotentiale für Umorientierung und Neustrukturierung?
3. Gespräch 10. – 12.10.1997 Entwicklungschancen für Gesellschaft und Arbeit: Perspektiven und Wege zur Transformation der industriellen Arbeitsgesellschaft
- Visionen (1): Zukunftsszenarien zur Entwicklung neuer Technologien und Arbeitsformen, zu Bildung und Tätigkeit, zu Subsidiarität und sozialer Sicherung, Arbeitszeit und Lebenszeit, zur Beziehung der Geschlechter u.a.
Neue Möglichkeiten sozialer Integration durch Vielfalt, Vernetzung und Selbstorganisation von Lebens- und Arbeitsformen?
4. Gespräch 6. – 8.3.1998 Entwicklungschancen für Mensch und Arbeit: Zum Bedeutungswandel von Bildung, Qualifikation und Arbeit in der Biographie
- Visionen (2): Zukunftsszenarien zur Entwicklung neuer kognitiver, kommunikativer und moralischer Kompetenzen, zu Autonomie und Bildungsfähigkeit, zu veränderten Mentalitäten und Lebensentwürfen. Neue Möglichkeiten der Identitätsfindung durch Selbstentfaltung, sinnhafte Tätigkeit und soziale Mitgestaltung?
5. Gespräch 16. – 18.10.1998 Zusammenfassung der Erkenntnisse: Perspektiven zum Wandel von Arbeit, Mensch und Gesellschaft
- Initiativen, Steuerungsmöglichkeiten, Projekte: Was können Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Unternehmen und Bürger zum Wandel beitragen?

Hans Peter Widmaier

Wirtschaft, Staat und Solidarität

Von bürokratischer zu dialogischer Sozialpolitik?

„Die soziale Frage wurde ausschließlich auf die Frage: ‘Staatshilfe oder Selbsthilfe’ zugespitzt.“

(F. TONNIES, Die Entwicklung der sozialen Frage, Leipzig 1913, S. 117)

Sozialpolitik steht heute im Zentrum der öffentlichen Debatte. Probleme der Massenarbeitslosigkeit, der Rentenreform und Tendenzen europaweiter rezessiver wirtschaftlicher Entwicklungen (Deflation) stehen zur Diskussion. In Kreisen des "Strukturkonservatismus" steht der Wohlfahrtsstaat selbst zur Diskussion. Dieser Strukturkonservatismus sieht in der Erhaltung und Festlegung von asymmetrischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft sein politisches Ziel. Schließlich zeigt die Debatte um den Euro, daß bei absoluter Priorität von Währungsstabilität und restriktiver staatlicher Haushaltspolitik zwar Strukturwandel induziert werden kann, aber zugleich die rezessiven Wirkungen und damit verbunden Massenarbeitslosigkeit und Elend in ganz Europa verstärkt werden könnten. Die machtpolitische Auseinandersetzung zwischen den organisierten Gruppen, den politischen Parteien und den nationalen Kräften wird darüber entscheiden, ob und in welcher Form der sozialstaatliche Auftrag, wie er in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 20 des Grundgesetzes formuliert ist: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Bundesstaat", in sozialstaatliche Realität umgesetzt wird. Welchen Beitrag kann die Wissenschaft in diesem Prozeß der machtpolitischen Auseinandersetzungen leisten? Zunächst ist festzustellen, daß es um eine Theorie der Sozialpolitik, die wohlfahrtstheoretisch, aber auch produktionstheoretisch begründet wäre, schlecht bestellt ist. Im Vordergrund steht die pragmatische Geschäftigkeit der sozialpolitischen Instanzen und das kaum noch durchschaubare Raffinement der juristischen und monetären Einkleidung sozialer Probleme. Mit der Verrechtlichung und Monetarisierung werden die restaurativen Tendenzen der Sozialpolitik nur verdeckt. Die ambivalente Bewertung im politischen Tagesgeschäft wird geradezu provoziert: Einmal wird das Sozialbudget als Sozialkonsum denunziert – ein anderes Mal als Sozialinvestition gelobt. Die Strategie der "sozialen Demontage" wird zum Wahlslogan und unter dem Druck ökonomischer Fakten in die Tat umgesetzt.

Sozialpolitik bleibt pragmatisch orientierte Wahlpolitik, Krisenmanagement oder folgt den Legitimationszwängen wohlfahrtsstaatlicher Gesellschaftsformation. Ein knapper dogmengeschichtlicher Exkurs soll zeigen, wie es zu dieser Entwicklung gekommen sein mag. Die Merkantilistik – der Mentalität nach eine Art "Freibeuteransatz" – schließt meines Erachtens eine staatliche Sozialpolitik

per definitionem aus. Ihre Zielvorstellung ist die Schaffung nationalen Reichtums durch einen forcierten Handelskapitalismus. Noch liegt die Sorge für Arme und Schwache weitgehend bei der Kirche, wird durch familiäre Bindungen erhalten und durch die regionalen Einheiten (Gemeinde, Städte und andere) bewältigt. Auch die klassische Nationalökonomie liefert uns keine Theorie der Sozialpolitik, die sowohl das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit als auch die produktionspolitische Notwendigkeit in ihrem Ansatz berücksichtigt. Dabei hatte sie erste Ansatzpunkte in ihrer Reproduktionskostentheorie der Arbeit und in ihrer Theorie funktionaler staatlicher Interventionen gehabt (L. Robbins: *The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy*. London 1965, S. 34 ff.). Staatstheoretisch dachten die Klassiker freilich inkonsequent, da sie den Utilitarismus und das Naturrecht miteinander vermengten. Zugleich mag ihre polemische Wendung gegen die Merkantilistik mit ihrer staatlichen Intervention im Bereich des Wirtschaftens und ihre Suche nach wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten einen Erklärungsgrund für das Fehlen einer Theorie der Sozialpolitik abgeben. Ihr erklärtes Ziel bestand ja darin, die "natürlichen" Gesetze der Produktion, Verteilung und Zirkulation aufzuspüren und theoretisch zu fassen. Eine prästabilisierte Harmonie, die die individuellen Handlungen der Mitglieder einer Gesellschaft zur Gesamtwohlfahrt führt (oder deren Ergebnis ist), braucht keine staatliche Sozialpolitik. Der sozialpolitische Impetus und das sozialpolitische Engagement der deutschen Kathedersozialisten des Vereins für Socialpolitik von 1873 (Schmoller u. a.) versandete im theoriefernen Historismus und dem sozialpolitischen Pragmatismus jener Tage.

Der Institutionalismus von Thorstein Veblen über Gunnar Myrdal bis John K. Galbraith ist zwar durch sozialpolitisches Engagement gekennzeichnet, doch erliegt er in weiten Bereichen dem Theoriedefizit deskriptiver Verfahren und psychologisierender Deutungen. Im Sozialismus finden wir eine sozialpolitische Begründung von Sozialpolitik nur bei den Revisionisten, während die orthodoxe Position den Gegensatz von Arbeit und Kapital als antagonistisch interpretiert. Die Neoklassik ist zunächst einmal prinzipiell deshalb asozial, weil sie mit einer Axiomatik des Wirtschaftens ohne soziale Bedingtheit auskommt. Die Bedürfnisse fallen ebenso vom Himmel ("unbefleckte Empfängnis der Indifferenzkurve") wie der technische Fortschritt ("measure of our ignorance"). Dies geschieht, obwohl die Neoklassik der Intention nach eine Allokationstheorie, die von den individuellen Bedürfnissen her gesteuert ist, sein soll. John M. Keynes – in seiner Mischform aus merkantilistischen und neoklassischen Theorieelementen – schillert eigentümlich: Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung ist asozial; gleichzeitig enthält sein Konzept sozialpolitische Aspekte, wenn er beispielsweise über die Möglichkeiten der staatlichen Arbeitsbeschaffung reflektiert und konkrete sozialpolitische Vorschläge macht (Arbeit um der Beschäftigung willen). Wie wichtig – bei einer dynamischen Interpretation (A. Leijon-Hufvud: *Über Keynes und den Keynesianismus*, 1966, deutsch: Köln 1973) – seine Einsichten in den zyklischen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung eines kapitalistischen Systems auch sein mögen, eine systematische Theorie des Wohlfahrtsstaates entwickelt er nicht und hat sie wohl auch nicht intendiert. Damit bleibt die Entwicklung einer Theorie der Sozialpolitik des Wohlfahrtsstaates ein Problem, das es zu lösen gilt. Gelingt dies im Rahmen der orthodoxen Nationalökonomie, oder bedarf es der Grenzüberschreitung in ein anderes Paradigma?

Zur Paradigma-Kritik

Der historisch entstandene Begriff der Zweckrationalität – hervorgegangen aus der Verbindung zwischen kapitalistischer Form und kapitalistischem Geist – wird zum harten Kern der modernen Wirtschaftstheorie, ja zum Leitbild wirtschaftlichen Handelns schlechthin; schließlich wird er überhöht zu einem allgemeinen sozialwissenschaftlichen Verfahren im Rahmen des methodologischen Individualismus: "Menschen verhalten sich nicht grundsätzlich anders, wenn sie soziale und politische Probleme lösen, als wenn sie wirtschaftliche oder juristische Aufgaben angehen" (G. Kirchgassner: Homo oeconomicus. Tübingen 1991, S. 2). Hier nimmt der Imperialismus der Nationalökonomie, die "Rationalität der Weltbeherrschung", der – wie ich es nennen möchte – Pan-Ökonomismus Gestalt an: Je mehr Markt sich im Sinne des Erwerbsprinzips entwickelt, desto mehr Staat wird benötigt, und sei es auch nur zur Veranstaltung von Märkten. Darüber hinaus erzeugt Marktversagen bürokratische, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Eingriffe: Marktversagen im Bereich der economies of scale, der Entstehung von Oligopolen und Monopolen, aber auch im Bereich konjunktureller Schwankungen und Wachstumsstörungen sowie der Entwicklung externer Effekte und des Bedarfs an kollektiven Gütern. Auch dies bedeutet immer mehr Staat und politische Eingriffe in der Tendenz. Das ist ein Teufel-Belzebub-Dilemma! Zeigt uns doch die ökonomische Theorie der Bürokratie eher Politikversagen an. Ähnliches gilt für die ökonomische Theorie kollektiven Handelns, die uns mit einem Unmöglichkeitstheorem konfrontiert: Nur kleine Gruppen organisieren sich freiwillig. Mittlere Gruppen benötigen selektive Anreize und/oder Zwang für die Organisation. Ähnliches vermittelt uns eine ökonomische Theorie der Demokratie. Die Übertragung der ökonomischen Perspektive auf den demokratischen Prozeß gerinnt zur Karikatur, ja zu einer Denunziation von Demokratie und der Demokraten als irrational und undemokratisch. Rationalität wird an Effizienz, und Demokratie an individuelle (Markt-)Freiheit assimiliert.

Auf den Punkt gebracht: Im Gleichgewicht der reinen Demokratie geht kein Bürger zur Wahl, bieten alle Parteien das gleiche Programm an. Olson, der auszog, die Logik kollektiven Handelns zu entdecken, lehrt uns das Fürchten: die großen Gruppen eines Landes, die die breiten Interessen vertreten sollten, organisieren sich nicht; sie leiden im stillen. Generell können wir davon ausgehen, daß Markt und politische Prozesse zusammenhängen, interdependent sind. Wenn wir nun mit Gunnar Myrdal von kumulativen Prozessen der Verursachung sprechen, dann könnte folgende Sequenz entstehen: Marktversagen wird über politische Entscheidungssysteme zu korrigieren versucht. Da aber auch die politischen Systeme, wie Bürokratie, Demokratie und kollektives Handeln Politikversagen anzeigen, entsteht das oben genannte Teufel-Belzebub-Problem: Man kann den Teufel nicht mit dem Belzebub austreiben. Aber – so läßt sich auch fragen: hat vielleicht die Hypostasierung einer historisch entstandenen Zweckrationalität und ihre Darstellung im Bild des homo oeconomicus ihre Entsprechung in der Realität? Nämlich dann, wenn die Individuen in unserer Gesellschaft systematisch in Richtung einer Verhaltensweise konditioniert wurden, die einer Verhaltensweise des homo oeconomicus entsprechen wurde? Max Weber schreibt dazu: "Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn ... als faktisch unabänderliches Gehäuse ... gegeben ist. Er zwingt dem einzelnen ... die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf. ... Der heutige, zur Herrschaft im Wirtschaftsleben gelangte Kapitalismus also erzieht

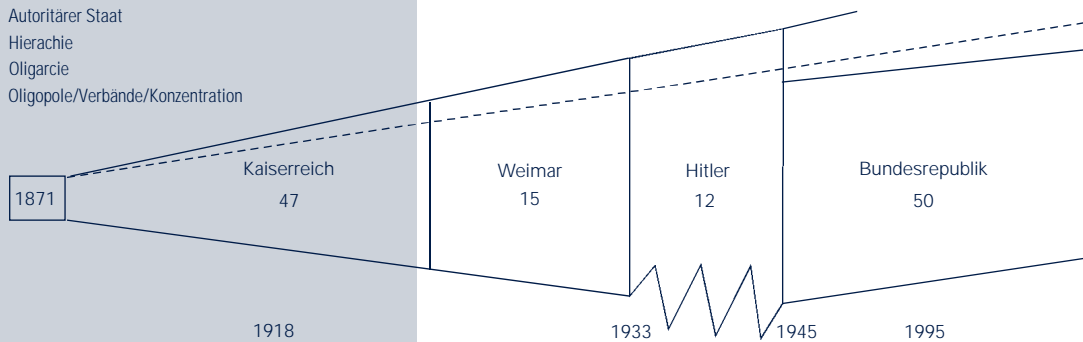
und schafft sich im Wege der ökonomischen Auslese die Wirtschaftssubjekte ... deren er bedarf" (M. Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen 1920, S. 37). Diese Position unterstellt: andere Handlungsorientierungen als utilitaristisch deutbare, tatsächlich aber durch die eigenlogische Entwicklung der ökonomischen und politischen Sphäre determinierte finden keine gesellschaftliche Reproduktionsstätte. Andere als diese wirken nicht mehr strukturbildend (Crowding-out-Hypothese intrinsischer Motivationen). Das historisch errungene Rationalitätspotential – auf dem auch Geist und Form der Nationalökonomie aufbauen – wird verspielt.

Historischer Exkurs

"Aus dem ursprünglich sehr umgrenzten Sektor öffentlicher Hilfsleistungen für den Not-, Krankheits-, Invaliditäts- und Altersfall von Minderbemittelten wächst ein soziales Sicherungssystem heraus, daß für immer größere Bevölkerungsgruppen einen immer größeren Katalog von Sozialleistungen anbietet: Die Gesetze und Erlasse der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungen zwischen 1883 und 1889; ihre Zusammenfassung und Fortschreibung in der Reichsversicherungsordnung von 1911; die Einrichtung einer Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von 1913; die Knappschaftsversicherung 1924; die Arbeitslosenversicherung 1927 (als Schönwetterversicherung); die Altersversorgung der Handwerker 1938; die Einbeziehung der Rentner in den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung 1941, überhaupt die Forcierung der sozialen Versorgungs- und Betreuungsleistungen im Dritten Reich; schließlich der Neuanfang 1949 und der verstärkte Wachstumsschub in der Bundesrepublik bis zur fast totalen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge in der Gegenwart, jüngst irreversibel festgeschrieben in einem 'Allgemeinen Sozialgesetzbuch' – das ist die faszinierende Historie eines unerhört dynamischen Herrschaftsprinzips" (H. Baier: Herrschaft im Sozialstaat, in: Soziologie und Sozialpolitik. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 19. Opladen 1977, S. 128 ff., hier: 137). Die Arbeiterbewegung dagegen mit ihren Selbsthilfeorganisationen (Arbeitervereine, Arbeiterbildungsvereine, Genossenschaften, politische Parteien) ist die Antwort von unten auf die soziale Frage, das Sozialistengesetz und die Sozialreformen Bismarcks die autoritäre Antwort von oben (Bismarck). Die Sozialdemokraten sind "vaterlandslose Gesellen", selbst die Freisinnigen sind "Reichsfeinde". Bismarck walzt ohne Rücksicht politische Strömungen platt. Er wirft das Politische zwanzig Jahre zurück und hinterläßt bei seinem Ausscheiden ein politisches Vakuum, das von der Bürokratie und einem schwachen und überheblichen Kaiser (Wilhelm II.) nicht ausgefüllt werden kann. Erst jetzt wird auf deutschem Boden die politisch stratifizierte durch die ökonomisch konstituierte Klassengesellschaft endgültig abgelöst. Bürokratie, wirtschaftliche Konzentration und die Entfaltung der Großindustrie sowie die Entwicklung der Interessenverbände bedeuten wachsende Unmündigkeit. Großsprecherisches Denken, Großraumdenken, Flottenpolitik, ZickZack-Ost-West-Schaukelpolitik sind nur einige Stichwörter auf dem Wege zum Ersten Weltkrieg (vgl. Schaubild). Die drei Entwicklungslinien bezeichnen im oberen Teil unseres Schaubilds die Tendenz der Entwicklung von Bürokratie, autoritärem Staat, Hierarchie. In der zweiten Linie die vermachtete Entwicklung der Ökonomie (Entwicklung der Großkonzerne AEG, Siemens, pharmazeutische und chemische Industrie, Stahlindustrie etc.). Die dritte Linie bezeichnet als abfallende Linie die Entwicklung demokratischer

Determinanten des selektiven Musters gesellschaftlicher Rationalisierung

Wirtschaftliche Entwicklung
Autoritärer Staat
Hierarchie
Oligarchie
Oligopole/Verbände/Konzentration



Demokratie
Dialog

Grundgesetz
Soziale und
ökologische
Bewegungen

Prozesse: Insgesamt eine sich bis zum Jahr 1933 öffnende Schere, von der Reichsgründung 1871 zur Machtergreifung Adolf Hitlers. Der Erste Weltkrieg bedeutet ökonomisch den Übergang zur Kriegswirtschaft, politisch den sogenannten "Burgfrieden" der Parteien sowie die Entstehung der Legende "im Felde unbesiegt". Schließlich die Entwicklung von Kriegsschulden und damit verbunden die Ausbreitung der Inflation (die Reichsmark wird schon im Prozeß des Ersten Weltkrieges halbiert). Die Weimarer Republik ist zunächst belastet durch die Umstellung von Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft mit einhergehender Arbeitslosigkeit. Die Hyperinflation wird erst im Jahr 1923 durch die Währungsreform beseitigt. Die von den Alliierten auferlegten Reparationen will keiner bezahlen. Politisch ist die Weimarer Republik eine "Republik ohne Republikaner". Haß und Mord bezeichnen das politische Klima: "Links gegen Rechts und alle zusammen gegen die Republik". Erneut Zick-Zack-Kurs in der Ost-West-Politik, Goldene Zwanziger Jahre, Weltwirtschaftskrise 1929, Drama der Auslandsverschuldung, Ökonomie auf Pump.

1933 Machtergreifung durch Adolf Hitler. Relativ rasche Umstellung auf Wirtschaftsdiktatur bei Beibehaltung der Produktionsverhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen. Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Übergang zur Kriegswirtschaft mit versteckter Inflation. Gleichschaltung der politischen Parteien und Vernichtung des politischen Gegners, der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei ebenso wie prominenter bürgerlicher Politiker. 1945 Zusammenbruch, aber keine Stunde Null. Wirtschaftliche Ordnung: nach außen Protektionismus, nach innen 1948 Liberalisierung der Preise. Die Entflechtung der großen Konzerne gelingt nicht. Die Konzentration nimmt weiter zu. In der Sozialpolitik rekurrenter Anschluß an das bürokratische System des Deutschen Reiches und der Weimarer Republik. Eine Alternative zum Sozialstaatsmodell wird nicht zugelassen: vielmehr Präjudizierung des Sozialstaatsmodells durch die Politik der Alliierten. Es folgt eine Zeit der Wahlgeschenke. Die Verrechtlichung, Monetarisierung und Zentralisierung der Sozialpolitik nimmt zu. Dennoch: Perspektivenwechsel. Demokratie wird erstmals als Lebensweise empfunden. Hilfe zur Selbsthilfe, Solidarität bekommt eine Chance. Zugleich begründen Sozialleistungen Statusunterschiede und stigmatisieren (etwa im Bereich der Sozialhilfe, Rentner und Kranken). Soziale Rechtsansprüche verkommen zum Anspruchsdenken. Neue soziale Fragen tauchen auf: Neue Armut, soziale Hilfe und Arbeitslosigkeit als Dauerbrenner. Die Vereini-

gung der Bundesrepublik mit der DDR 1990 bringt neue soziale Probleme: Milliardentransfers, Brüche im Sozialen, Verwerfungen. Allerdings: Auf die demokratische Achse wirken neue soziale Bewegungen, wie die Friedensbewegung, Studentenbewegung, ökologische Bewegung, Frauenbewegung, Selbsthilfebewegung. Sie alle erzeugen einen Druck von unten und bedeuten auch die Möglichkeit einer Nutzung der Chancen des Grundgesetzes zur Demokratisierung. Mehr Demokratie wird gewagt: "Bonn ist nicht Weimar" (F. Alemann: Bonn ist nicht Weimar. Köln 1956).

Zusammenfassend läßt sich festhalten:

1. Das zu seinem autonomflexiblen, d. h. postkonventionellen Bewußtsein gekommene Individuum läßt sich nicht auf die rigide Anwendung des utilitaristischen Prinzips reduzieren. Die Erklärung von Demokratie und Gruppenhandeln unter Rekurs auf zweckrationale Begründung gelingt nicht.
2. Das Zusammenspiel von politischer und ökonomischer Ordnung hat die evaluative Wertsphäre nicht zerstört. Der historische Exkurs verdeutlicht, daß es sehr wohl gesellschaftliche Orte gibt, in denen wertbezogene Handlungsorientierungen erzeugt werden, die nicht allein der Logik einer wirtschaftlichen Zweckrationalität gehorchen. Die Entfaltung demokratischer Strukturen nach dem Zweiten Weltkrieg führt uns in die Richtung eines Paradigmenwechsels in der Sozialpolitik: In modernen Gesellschaften, in denen der Klassenkonflikt institutionalisiert ist, die Märkte und die Produktion segmentiert werden und die Menschen in losen Gruppen und Gruppierungen Rettung suchen vor einer ökonomischen Konditionierung, die krank macht, greift die ökonomische Variante des methodologischen Individualismus allein nicht. Es ist das Netzwerk kleiner Gruppen, temporärer Gruppierungen und sonstiger "Bunde", die zum Erfahrungszentrum unserer Alltäglichkeit werden, zu Sozialisationsinstanzen erster Ordnung (zusammen mit der Familie) (vgl. M. Maffesoli: *The Time of the Tribes. The Decline of Individualism in Mass Society*. London 1996). Mehr noch: Die so erzeugte Sozialität wird weitergetragen in andere Bereiche der Gesellschaft und in soziales Handeln umgesetzt (These von der aufsteigenden Sozialität).

Die Dialogik als Entdeckungsverfahren

Die dialogische Position steht heute zwischen dem homo oeconomicus und einer Theorie des Menschen, die ihn als Exponent gesellschaftlicher Prozesse versteht. Die Dialogik ist für die Sozialpolitik ein zentrales Paradigma zur Lösung des problematischen Verhältnisses von Theorie und Praxis: ebenso ein Beitrag zu einer humanen und menschenorientierten politischen Ökonomie (vgl. H. P. Widmaier: *Demokratische Sozialpolitik*, in: J. Wahl (Hg.), *Sozialpolitik in der ökonomischen Diskussion*. Marburg 1994, S. 15 ff., sowie H. P. Widmaier/ Ch. Wichert: *Kultur und demokratietheoretische Begründung sozialer Bedürfnisse*, in: K. Grenzdorffer et al. (Hg.), *Neue Bewertungen in der Ökonomie*. Pfaffenweiler 1995, S. 149 ff.) Es gibt im Altertum weder bei Aristoteles noch bei Plato eine anthropologische Position, die ohne die Interdependenz zwischen Menschen, ohne Mitmenschlichkeit auskommt. Der Mensch ist Mitglied der polis und später als Weltbürger Teil der Welt. Als Christ ist der Bezug zum Gegenüber gleichfalls wichtiger Bestandteil der anthropologischen Auffassung. In der Nächstenliebe ("Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst.") führt die Caritas zur gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichtslösung. Demgegenüber handelt der homo oeconomicus gemäß einem verkürzten Rationalismus nur

aus sich selbst und für sich selbst als Erwartungsnutzenmaximierer. Er braucht das Gegenüber nicht. Die Präferenzen sind ihm exogen vorgegeben. Wir wissen heute aus vielen Untersuchungen, daß ein so ohne den Mitmenschen lebender homo oeconomicus den Evolutionsprozeß nie durchgestanden hätte: er wäre zugrundegegangen. Sozial geprägte Verhaltensweisen wie Gewohnheiten, normgeleitetes Handeln, von schichtspezifischen Anspruchsniveaus bestimmtes Verhalten, spielen im praktischen Leben eine wichtige und quantitativ bedeutsamere Rolle. So ist Sympathie im Verhältnis zum Mitmenschen eine zentrale Grundkategorie der Anthropologie bei David Hume ebenso wie bei Adam Smith in seiner Theorie der moralischen Gefühle. Auch Jean Jacques Rousseau unterlegt eine positive Anthropologie: Der Mensch ist ursprünglich ein guter; erst die Sozialisierung in der bürgerlichen Gesellschaft entfremdet ihn von diesem positiven Ursprung. Dieser Entfremdungsprozeß ist jedoch umkehrbar durch Lernen in Richtung einer Kultur, die nicht nur durch die Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet ist. Der Mensch als gutes, auf Sozialität bezogenes, lernfähiges Individuum: eine doppelt positive Anthropologie als Grundlage. Eine wichtige anthropologische Einsicht läuft über die Entdeckung der Sprache als einer Möglichkeit, den anderen Menschen als Gegenüber zu erkennen und sozial mit ihm umzugehen. Mit Ludwig Feuerbach wird das dialogische Prinzip als wesentlicher Bestandteil der zugrundeliegenden Philosophie und Anthropologie eingeführt.

Dialogisch leben – Dialogik als neues Denken

Die Überschrift ist Programm und Botschaft auch der modernen Dialogiker, unter ihnen Martin Buber, Karl Lowith, Hermann L. Goldschmidt sowie Karl Jaspers in seiner Theorie der Kommunikation. Dialogik wird zum Entdeckungsverfahren des Wechselverhältnisses zwischen Personen, dem Ich und dem Du, einem besseren Rollenverständnis der Menschen in der Gesellschaft. Entdeckt wird dabei nicht nur die Struktur des eigenen Ichs, sondern auch die des Gegenübers und des gesellschaftlichen Umfeldes. Im Dialog werden die *differentia specifica* des Ichs und die des Gegenüber über das Medium der Sprache entdeckt und bei Entscheidungen systematisch einbezogen. Entscheidend ist weiter die durch Dialogik zu erfassende Zwischenmenschlichkeit. Dialogik als Entdeckungsverfahren heißt die Entdeckung zurechenbarer Rollen, die Entdeckung zwischenmenschlicher Beziehungen und die Entdeckung zwischenmenschlicher Präferenzinterdependenzen und das Finden von Kompromissen. Nicht aus sich selbst ist der Mensch vernünftig (der Kantianische Autonomiegedanke), sondern über das soziale Verhältnis zum anderen (vgl. H. P. Widmaier: Individuelle Genesung durch Gemeinschaft. Ein Beitrag zur Begründung demokratischer Sozialpolitik, in: A. Biesecker/ K. Grenzdorffer (Hg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens. Pfaffenweiler 1996, S. 87 ff.). Für den Ursprung der Dialogik ist Reziprozität unerläßliche Grundlage ebenso wie Zusammenarbeit (Kooperation). Hier geht es nicht um Manipulation des anderen, sondern um einen Austauschprozeß. Der Dialog gründet in der Tatsache, daß das Gegenüber in seiner Struktur verschieden ist, und damit lebt der Dialog von der Überraschung. Dies wiederum begründet die Bezeichnung Dialogik als Entdeckungsverfahren. Dialogik ist auch immer zwischenmenschliche Verständigung und damit auch die Entdeckung neuer Positionen im Kompromiß. Als Grundlage der dialogischen Beziehungen als Entdeckungsverfahren ist anzuerkennen, daß das Gegenüber etwas Einmaliges, etwas Besonderes ist, das es zu entdecken gilt

und das die Überraschung in sich trägt. Er oder sie ist also kein durchschnittlich repräsentatives Individuum. Das Gegenüber ist auch immer ein Stück Geschichte, und beide Partner des Dialogs beziehen ihre historische Dimension bewußt oder unbewußt in den Dialog mit ein. Erstarrt der Dialog in Nützlichkeitsabwägungen und erhält das wirtschaftliche Denken Dominanz, so gerinnt der Zusammenhang zum Gefangenendilemma. Hier hat die These der Konditionierung der Menschen zu *homines oeconomici* erneut ihren Platz, ebenso die Position des entfremdeten Menschen und die Verdinglichungsthese. Exemplarisch verwirklicht sich Dialogik als Entdeckungsverfahren in modernen Selbsthilfegruppen. Selbsthilfe wird als Hilfe zur Selbsthilfe und als Lebensform verstanden. Die Selbsthilfegruppe versucht, über den Prozeß der Dialogik zwischen gemeinsam Betroffenen und gemeinsam Engagierten Gemeinschaft zu bilden. Krankheiten und bewußte oder zu Bewußtsein gebrachte Deformationen werden in diesem dialogischen Prozeß der Genesung zugeführt, soziale Defekte geheilt. Dem in Selbsthilfegruppen verinnerlichten, über eine entsprechende anthropologische Wurzel stabilisierten sozialen Wertekanon werden die Individuen auch in "unübersichtlicheren" Szenarien (d. h. größeren Gruppen) nachhandeln und so dort die bezeichnete Emanzipation beschleunigen oder stabilisieren. In diesem Sinne kann auch von einer aufsteigenden Sozialität gesprochen werden.

Die kleine Gruppe in der sozialen Bewegung

Ein Musterbeispiel, einer stillen Revolution vergleichbar, ist die soziale Bewegung der kleinen Selbsthilfegruppen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Revolution fand im stillen statt und geschah in kleinen Schritten. Sie kann besser als eine Reise denn als eine soziale Bewegung bezeichnet werden. Dennoch: die Selbsthilfegruppen beginnen die amerikanische Gesellschaft drastisch zu verändern, und zwar im Hinblick auf das Verständnis von Gemeinschaft, aber auch bei der Wiedergewinnung von Glaubensinhalten. Die Bewegung ist ohne Beispiel in der Geschichte. In einer Gesellschaft, die von Individualismus und harschem Egoismus geprägt zu sein scheint, besuchen gegenwärtig etwa 40 Prozent der erwachsenen Amerikaner kleine Gruppen, die sich regelmäßig treffen und Hilfe und Unterstützung für ihre Mitglieder bereithalten (vgl. R. Wuthnow: *Sharing the Journey – Support Groups and America's New Quest for Community*. New York 1994). Mitglieder finden hier nicht nur Freunde, sondern zugleich emotionale Unterstützung und in vielen Fällen Genesung von Krankheit. Viele sagen, daß ihr Leben neu begonnen hat, daß ihre Identität sich verändert hat – immer als Ergebnis eines besonderen Engagements in der Gruppe. Diese Bewegung steht in der Tradition freiwilliger Vereinigungen, wie wir sie im Europa des 19. Jahrhunderts etwa aus der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung kennen. Im Gegensatz dazu freilich ist die aktuelle Bewegung eher auf traditionelle Werte hin orientiert. Zugleich werden aber traditionelle Weisheiten in Form von Doktrinen und Ideologien auch in Frage gestellt. Generell allerdings wird ein pragmatischer Ansatz vertreten. Das dramatische Wachstum dieser Gruppen ist nur erklärlich aus dem sozialen Zusammenhang der Anonymität des Lebens in der amerikanischen Gesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Gesucht wird deshalb vom einzelnen ein stärkerer Bezug zur Gemeinschaft. Menschen helfen einander, teilen Probleme, Kraft und Hoffnung, und gewinnen auf diese Weise einen neuen Bezug zu sich selbst und zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt. Interessant ist, daß die kleinen Gruppen im wesentlichen von kirchlichen Ver-

einigungen und Organisationen entweder gesponsort oder beheimatet werden, indem man ihnen zumindestens den Platz für Meetings gewährt. So betrachtet ist die Bewegung so etwas wie eine Ausweitung der Rolle, die kirchliche Organisationen in der amerikanischen Gesellschaft immer gespielt haben. Einschränkend muß allerdings gesagt werden, daß die Bewegung kleiner Gruppen in den USA eine größere Breite und eine größere Freiheit bei der Auswahl religiöser und weltlicher Werte zuläßt als in Deutschland: Glaube ist eher fließend, fördert Genesung und Wandel und schafft Gemeinschaften, die sich sehr leicht etablieren, aber auch ebenso leicht wieder verschwinden können (vgl. R. Wuthnow (Hg.): I Come Away Stronger – How Small Groups are Shaping American Religion. Michigan 1994).

Das Modell der Selbsthilfegruppe – life

Der Rahmen des demokratischen und dialogischen Verfahrens einer Selbsthilfegruppe wird durch das Gewähren aktiver und passiver Freiheit für den einzelnen gespannt. Aktive Freiheit heißt dabei die Gewährleistung eines Spielraums für die Durchsetzung eigener Wünsche, während passive Freiheit das Individuum vor dem Eingreifen seitens Dritter schützt. Als drittes Element der Abgrenzung der Selbsthilfegruppe kommt die Formulierung von Bedingungen für den Zugang zur Gruppe und damit für die Zusammensetzung der Mitgliedschaft hinzu. Grundsätzlich bedeutet jede existentielle Bedrohung für den einzelnen, daß Zugangsbeschränkungen zum demokratischen und dialogischen Kontext der Selbsthilfegruppe nicht existieren. Dies läßt schon die Logik des Konfliktlösungsverfahrens nicht zu und ist zudem festgeschrieben dort, wo es heißt, die einzige Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Selbsthilfegruppe ist der Wunsch zu leben. Damit ist also die Chance einer gemeinsamen und solidarischen Partizipation in einer dialogischen, demokratischen Auseinandersetzung grundsätzlich gewährleistet.

Durch die gemeinsame Betroffenheit wird im Rahmen der aktiven und passiven Freiheit der Selbsthilfegruppe jeder zu Wort kommen, der für sich eine persönliche Betroffenheit reklamieren kann: er/sie bringt Erfahrung aus der Betroffenheit und Kraft und Hoffnung aus dem Prozeß des Lebens in das dialogische Verfahren ein. Damit wird Dialogik zum Entdeckungsverfahren des Wechselverhältnisses zwischen Personen, dem Ich und dem Du. Dabei werden außerdem die *differentia specifica* des eigenen Ichs entdeckt. Die *differentia specifica* des Gegenüber wirken über das Medium der Sprache als ein Spiegel des Ichs im anderen, im Du. Das Individuum wird durch Dialogik zur originären Quelle von Kraft und Hoffnung. Das Material der Dialogik ist Erfahrung, Kraft und Hoffnung, die mit den anderen Teilnehmern innerhalb der Gruppe geteilt werden. Die Anonymität der Gruppe gewährleistet Statusgleichheit, und legale und traditionale Autoritätsansprüche haben keine Geltung. Was gilt, ist die Erfahrung des Lebensprozesses: Dabei werden die positiven und negativen Erfahrungen als gleichberechtigte Gründe anerkannt. Dieser analytische Prozeß hat auch und im besonderen moralischen Charakter, das heißt er ist auf bestimmte Moralvorstellungen, wie etwa die zehn Gebote, begründet. In dem Maße, in dem der dialogische Prozeß fortschreitet, kann der zunächst abstrakt ablaufende Prozeß der Dialogik bei einzelnen in den Kanon der inneren Überzeugungen der Individuen eindringen. Moralische Positionen werden intrapersonell verankert; sie werden beim Handeln nicht mehr problematisiert, eine individuelle und soziale Moral etabliert sich. Aus dem Gesagten wird deutlich, daß die theoretische Modellierung der Dialogik als



Hans Peter Widmaier

Entdeckungsverfahren und als Lebensform in der Selbsthilfegruppe ihren bloß theoretischen Charakter verliert. Im Zusammenhandeln der Mitglieder einer Selbsthilfegruppe können die Beweisschritte individuell entdeckt bzw. nachvollzogen werden, und damit erlangen sie praktische, lebensstiftende Bedeutung. Darüber hinaus läßt sich anhand der Untersuchung von Robert Wuthnow empirisch belegen, daß die Individuen auch in größeren Gruppen den in Selbsthilfegruppen erlernten Positionen und moralischen Kategorien nachhandeln. Es ist auch empirisch zu beobachten, was ich aufsteigende Sozialität genannt habe.

Fazit

Die Lösung konkreter sozialer Probleme sowie die direkte Erfahrbarkeit demokratischer Werte, die diesen intra- und interpersonell durch Dialogik zum Durchbruch verhilft, sind gute Gründe, den bisher "an und für sich" legitimierenden sozialbürokratischen Autoritätsanspruch einer dialogischen Überprüfung auszusetzen, ihm diese legitimierende Haut vom Leibe zu ziehen, um so einen kritischen Blick auf die bisher vorenthaltenen Aspekte von Herrschaft werfen zu können.

Kurzbiographie

Prof. Dr. Hans Peter Widmaier, Jahrgang 1934; Studium der Staatswissenschaften, Soziologie und Psychologie an der Universität Basel; Promotion 1961; seit 1968 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg; Direktor am Institut für Volkswirtschaftslehre einschließlich Ökonometrie. Hauptforschungsgebiete: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Theorie und Politik der Infrastruktur, Wirtschaft der Transformationsländer. Verheiratet seit 1961; 2 Töchter.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat. Zur Theorie politischer Güter. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1976

Sozialpolitik als rationale Herrschaft. Staatshilfe oder Selbsthilfe? Beitrag zur Fachtagung „Norms matter. Normative Grundfragen und Folgen für die Ökonomik“ der Evangelischen Akademie Tutzing, 18. – 20. März 1996

mit Ch. Wichert: Kultur- und demokratietheoretische Begründung sozialer Bedürfnisse. In: K. Grenzdörffer u.a. (Hrsg.): Neue Bewertungen in der Ökonomie. Ökonomie und soziales Handeln, Bd. 1, Pfaffenweiler: Centaurus, 1995, S. 149 – 158